

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches

mit Außenminister Johann Wadephul am 19. November 2025

Länderthema: Tansania
Organisationen: Gesellschaft für bedrohte Völker, FIAN Deutschland, Misereor, Survival International
<p>Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:</p> <p>Die Situation der Maasai in Tansania hat sich im Jahr 2025 weiter zugespitzt. Trotz wiederholter Hinweise internationaler Menschenrechtsorganisationen, der Vereinten Nationen, des Europaparlaments¹ und vielfältiger Medienberichte setzen Regierung und Sicherheitskräfte die Entrechtung, Vertreibung und systematische Marginalisierung der Maasai fort. Deutschland ist auf vielen Ebenen in diese Entwicklungen verwickelt. Jedoch wurden auch Empfehlungen der Aide-Mémoires aus den Jahren 2023 und 2024 kaum berücksichtigt und damit blieben wichtige Einflussmöglichkeiten zur Verbesserung der Situation ungenutzt. Vier Themenfelder sind von zentraler Bedeutung:</p> <p>1. Neue Kohlenstoffprojekte: Der deutsche Autobauer Volkswagen (VW) ist über Volkswagen ClimatePartner² der Hauptinvestor des „Longido and Monduli Rangelands Carbon Project“³, eines knapp eine Millionen Hektar großen Kohlenstoffkreditprojekts, welches sich über das Weideland der Maasai im Norden Tansanias erstreckt. Das Projekt wird ohne freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) der betroffenen Gemeinschaften konzipiert und stellt eine Verletzung internationaler Menschenrechtsstandards dar. Lokale Maasai berichten, dass Konsultationen entweder überhaupt nicht stattfanden oder oft auf reine Anwesenheit reduziert wurden. Ihre traditionellen Entscheidungsgremien wurden weitgehend umgangen. Durch die in dem Projekt vorgesehene scharfe Regulierung der Weidewirtschaft wird den Maasai ihre strategisch ausgerichtete und Jahrhunderte erprobte und naturverträgliche Weidewirtschaft verboten. Rinderhaltung, Ernährungssicherheit und kulturelle Praktiken werden somit massiv eingeschränkt. Trotz massiver Kritik und der Forderung eines Einfrierens des Projektes⁴ führt VW das Projekt unvermindert und teilweise mit noch mehr Druck vor Ort weiter.</p> <p>2. Repression durch die tansanische Regierung: Der demokratische Handlungsspielraum für die Maasai ist weiterhin stark eingeschränkt. Nach den bereits 2024 dokumentierten Einschränkungen bei der Wahlregistrierung in Ngorongoro setzt die Regierung die politische Marginalisierung fort. Der Oppositionsführer Tundu Lissu ist seit April 2025 inhaftiert, Aktivist:innen, Menschenrechtsanwält:innen und lokale Sprecher:innen der Maasai werden bedroht und kriminalisiert. Die ohnehin stark eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume schrumpfen im Umfeld der Nationalwahlen im Oktober weiter.</p> <p>3. Ausweitung von Schutzgebieten: Die tansanische Regierung verfolgt weiterhin ihre Pläne, Maasai aus ihren angestammten Gebieten zu vertreiben, um neue Schutzgebiete, Jagdreviere und touristische Nutzungsflächen auszuweisen. Neben der Ngorongoro Conservation Area (NCA) und Loliondo sind zusätzlich die Distrikte Longido, Monduli, Simanjiro und Kiteto stark betroffen, wo über 15.000 km² traditionelles Maasai-Land in neue Naturschutz- und Jagdgebiete umgewandelt werden sollen. Schätzungsweise über 400.000 Menschen sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Unter dem Deckmantel von „Naturschutz“ oder „nachhaltiger Nutzung“ werden Umsiedlungen ohne Rechtsmittel, Entschädigungen oder FPIC durchgeführt. An der Finanzierung vieler Naturschutzmaßnahmen ist auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit beteiligt - teilweise über deutsche Naturschutzorganisationen, insbesondere die Frankfurter Zoologische Gesellschaft und den WWF Deutschland. 2025 laufen vor Ort Naturschutzprojekte der deutschen EZ mit einem Finanzierungsvolumen von mehr als 140 Millionen Euro. Die finanzierten staatlichen Stellen wie die Tanzania National Parks (TANAPA) und die Tanzania Wildlife Management Authority (TAWA) sind mittlerweile paramilitärisch aufgestellt und stehen in Zusammenhang mit gewaltsamen Vertreibungen, willkürlicher Beschlagnahmung von Herden und wiederholten Repressionen gegen die Maasai.</p> <p>4. Tourismus: Eng verbunden mit der Ausweitung des Naturschutzes ist die Politik der tansanischen Regierung, den Luxus-, Safari- und Jagdtourismus umfangreich auszubauen. Maasai werden rechtswidrig für</p>

¹ [Texts adopted - The Maasai Communities in Tanzania - Thursday, 14 December 2023](#)

² [Home - Volkswagen ClimatePartnerVolkswagen ClimatePartner | Developing Sustainable Futures](#)

³ [Verra Search Page](#)

⁴ [Tanzania: Carbon projects undermine Maasai land rights: Misereor](#)

Flughafenerweiterungen, neue Luxus-Lodges und -Camps oder „unberührte Natur-Erfahrungen“ vertrieben. Mit über 100.000 Besuchern pro Jahr gehört Deutschland zu den fünf wichtigsten Herkunftsländern von Tourist:innen mit dem Ziel Tansania. Trotz der offensichtlichen Zusammenhänge zwischen Tourismusentwicklung, Umweltzerstörung und Vertreibung der Massai, insbesondere im Distrikt Ngorongoro, gibt es bis dato keine Bemühungen, diese Zusammenhänge zu untersuchen.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

1. Kohlenstoffprojekte und Klimafinanzierung

- Fordern Sie von der Landesregierung Niedersachsens als Anteilseigner an VW ein sofortiges Einfrieren des Projektes in Tansania, um eine transparente Aufarbeitung und Abstellung der substantiellen menschenrechtlichen Mängel sicherzustellen.
- Fordern Sie von Volkswagen sowie ClimatePartner eine Offenlegung der Projektdetails um eine unabhängige Prüfung der Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von VW zu ermöglichen.
- Stellen Sie sicher, dass VW sowie ClimatePartner als deutsche Unternehmen z.B. im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes für etwaige Verstöße gegen Menschenrechte in Tansania zur Verantwortung gezogen werden. Nutzen Sie dazu Verwaltungs-, Untersuchungs- wie auch Rechtssprechungsmaßnahmen.

2. Repression durch die tansanische Regierung

- Fordern Sie die tansanische Regierung auf, den Oppositionsführer aus der Haft zu entlassen.
- Setzen Sie sich weiterhin aktiv für den Schutz von Maasai-Menschenrechtsverteidiger:innen ein – u. a. über die EU-Instrumente für Menschenrechtsverteidiger:innen sowie durch die klare Ansprache von Menschenrechtsverletzungen gegenüber der tansanischen Regierung.
- Stellen Sie sicher, dass deutsche Finanzierungen im Bereich Naturschutz, Biodiversität und Klimapolitik nicht in Verbindung mit Repressionen, Kriminalisierung von Aktivist:innen oder Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume stehen.

3. Ausweitung von Schutzgebieten

- Legen Sie, wie von Maasai-Anwälten mehrfach gefordert, zentrale Projektdokumente offen. Insbesondere Umwelt- und Sozialpläne aller bis 2025 laufenden Finanzierungen sollten den Maasai zugänglich gemacht werden, um Rechenschaft und Nachvollziehbarkeit für betroffene Dörfer sicherzustellen.
- Veranlassen Sie eine umfassende menschenrechtliche Überprüfung sämtlicher deutscher Projekte und Finanzierungen im Serengeti-Ökosystem sowie in den Distrikten Longido, Monduli, Simanjiro und Kiteto.
- Beenden Sie die Finanzierung von Aktivitäten der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) auf den Gebieten der Maasai. Diese Forderung wurde in den letzten Jahren vielfach von den Maasai an die Bundesregierung und die ZGF gerichtet.
- Setzen Sie sich für ein Moratorium für die Ausweisung neuer Schutz- und Jagdgebiete auf traditionellem Maasai-Land aus, solange keine menschenrechtskonformen Verfahren mit FPIC und rechtlichem Schutz garantiert sind.

4. Tourismus

- Schaffen Sie Transparenz bezüglich der Beteiligung deutscher Reiseanbieter an Safari- und Jagdreisen nach Tansania. Stellen Sie dazu eine Anfrage an den Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft.
- Bearbeiten Sie das Thema Menschenrechtsverletzungen in Tansania und Umgang der deutschen Reiseanbieter beispielsweise durch einen Runden Tisch mit Betroffenen, Menschenrechtsorganisationen und Reiseveranstaltern.